Beschlussvorlage

EG Stadt Tangerhütte
Bürgermeister

Vorlage Nr.: BV 488/2020

öffentlich

Amt/Geschäftszeichen: Amt für Verwaltungssteuerung	Datum: 09.12.2020
Bearbeiter: Kathleen Altmann	Wahlperiode 2019 - 2024

Beratungsfolge	Termin	Abstimmung	Ja Nein Enthaltung
Haupt-, Finanz- und Vergabeausschuss	25.01.2021	beschlossen	5 2 2

Betreff: Vertragsabschluss mit Umwelt- und Landschaftssanierung Altmark GmbH

Beschlussvorschlag:

Der Haupt-, Finanz- und Vergabeausschuss berechtigt den Bürgermeister in Vorgriff auf einen Haushalt 2021 zur Unterzeichnung des jährlichen Vertrages mit der Umwelt- und Landschaftssanierung Altmark GmbH zur Sicherstellung des Erhaltes der Stellen Bundesfreiwilligendienst und Arbeitsgelegenheiten.

Finanzielle Auswirkungen

Kosten des Vorhabens	Mittel bereits veranschlagt			Deckungsvorschlag (wenn nicht veranschlagt) mit Haushaltsbeschluss 2021 Mittel binden
	Ja	x	Nein	
	Jahr 2021			
20.000 EUR	Produkt-Konto:			
ggf. Stellungnahme Kämmerei				

Anlagen: Übersicht der Inanspruchnahmen 2020 an BFD und AGH

Andreas Brohm
Bürgermeister

Siegel

Begründung:

Die Einheitsgemeinde Stadt Tangerhütte arbeitet nach dem Austritt aus der Gesellschaft für Arbeitsförderung des Landkreises seit 2016 mit der Umwelt- und Landschaftssanierung Altmark GmbH zusammen.

Beide Gesellschaften arbeiten mit Menschen aus Arbeitsfördermaßnahmen zusammen. Aus diesem Grund können in vielen Ortschaften Menschen in der Grünpflege zusätzlich zum Bauhof tätig sein.

Die ursprünglichen Haushaltsansätze für diese Arbeitsgelegenheiten wurde nach dem Austritt aus der Gesellschaft für Arbeitsförderung des Landkreises auf jährlich 20.000 € (vormals 45.100 €) abgesenkt.

Aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung wäre der Bürgermeister verpflichtet, diesen Vertrag nicht zu erneuern für das Haushaltsjahr 2021. Ausgaben in der vorläufigen Haushaltsführung unterliegen einer strengen Reglementierung. Somit dürfen freiwillige Aufgaben nicht ausgeführt werden.

Der Bürgermeister hat im Rahmen seiner Zuständigkeit die Möglichkeit auch außerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen Maßnahmen ausführen zu lassen. Gemäß § 6 Hauptsatzung der EG ist für über- und außerplanmäßige Ausgaben ab dem Vermögenswert 5.000 € bis 30.000 € der Haupt-, Finanz- und Vergabeausschuss zuständig.

Die Verwaltung bittet den Ausschuss um Zustimmung zum Vertragsabschluss 2021, in Vorgriff auf die Mittelbereitstellung durch Beschluss der Haushaltssatzung 2021 ff.